

10625/AB**= Bundesministerium vom 28.06.2022 zu 10898/J (XXVII. GP)****bmdw.gv.at**

Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Univ.-Prof. Dr. Martin KocherBundesminister für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.318.877

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)10898/J-NR/2022

Wien, am 28. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker und weitere haben am 28.04.2022 unter der **Nr. 10898/J** an meine Amtsvorgängerin eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Auswirkungen eines Gasstopps auf Industrie?!** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1

- *Welchen Austausch hinschlich drohender Gasrationierungen anlässlich eines Lieferstopps vonseiten Russlands hatte das BMDW mit Vertreter_innen der Industrie? Bitte konkrete Treffen samt Datum und Teilnehmer angeben.*

Ein derartiger Austausch hat nicht stattgefunden.

Zu den Fragen 2 und 3

- *Inwiefern war das BMDW bei den Änderungen des Energielenkungsgesetzes oder der Erstellung der darin vorgesehenen Verordnungen eingebunden? Bitte konkrete Treffen samt Datum und Teilnehmer angeben.*
- *Welche konkreten Inhalte hat das BMDW in den Änderungen des Energielenkungsgesetzes oder der Erstellung der darin vorgesehenen Verordnungen eingebracht?*

Bitte konkret auf Vorschläge hinsichtlich der Verteilung von Erdgas pro Branche angeben.

Die zuständige Organisationseinheit des Ressorts berichtet, dass sie im Auftrag der seinerzeitigen politischen Ebene eine entsprechende Analyse nach Befassung diverser interner wie externer Stakeholder erstellt hat. Über die weitere Verwendung dieser Analyse durch die seinerzeitige politische Ebene ist dem Ressort und mir selbst nichts bekannt.

Zu den Fragen 4 und 5

- *Inwiefern war das BMDW bei Gesetzesänderungen zu Vorgaben zur Bevorratung von Erdgas eingebunden? Bitte konkrete Treffen samt Datum und Teilnehmer angeben.*
- *Welche konkreten Inhalte hat das BMDW hinsichtlich der Gesetzesänderungen zu Vorgaben zur Bevorratung von Erdgas eingebracht? Bitte konkret auf Vorschläge hinsichtlich der Verteilung von Erdgas pro Branche angeben.*

Für die Novelle des Gaswirtschaftsgesetzes zur Einrichtung einer strategischen Reserve wurde das BMDW sowohl auf politischer Ebene als auch auf Fachebene eingebunden. Am 3. März 2022 gab es eine virtuelle Arbeitsgruppe unter Teilnahme sowohl der politischen als auch der fachlichen Ebene von ECA, AGGM, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Technologie und Innovation (BMK) und BMDW auf Einladung des BMK. Am 7. März 2022 fand eine weitere Besprechung mit den gleichen Stakeholdern und zusätzlich dem Bundesministerium für Finanzen auf technischer (Beamten-)Ebene auf Einladung des BMK statt. Weitere Verhandlungen wurden nach Kenntnisstand des Ressorts am 16. März 2022 auf politischer Ebene geführt.

Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort hat in den Verhandlungsprozess unter anderem das Ziel eines größeren Ausbaus der strategischen Reserve Richtung Herbst eingebracht, um auch (Industrie-)Unternehmen ausreichend Versorgungssicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig die Versorgerverpflichtung nicht zu überbordend anzusetzen, um umgelegte Kosten im Gassystem auf Endkunden aus der Versorgerverpflichtung zu minimieren. Weiters wurde von Seiten des Ressorts in den Verhandlungen gefordert, dass aus wirtschaftspolitischer Sicht die Möglichkeit bestehen sollte, die strategische Reserve vor dem Energielenkungsfall einzusetzen und dass Mengen aus der Strategischen Reserve im Energielenkungsfall nicht nur geschützten Kunden geliefert werden, sondern auch für Unternehmen zur Verfügung stehen. Schließlich wurde aus Sicht des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort zur Erreichung

einer ausreichenden Einspeicherung für nächsten Herbst/Winter auch gefordert, den erweiterten Versorgungsstandard mit Einspeicherpflicht zumindest für Haushaltskunden einzuführen.

Zu den Fragen 6 bis 8

- *Welche Studien wurden im Zusammenhang mit der Rationierung von Gas und der Folgen für die österreichische Wirtschaft vonseiten des BMDW vergeben?*
 - *Wenn ja, wie hoch sind die Kosten und wer wurde mit der Erstellung der Studie beauftragt?*
 - *Wenn nein, warum wurde keine Erhebung der Auswirkungen eines Lieferstopps auf die österreichische Industrie in Auftrag gegeben?*
- *Wie war das BMDW bei der von Bundesministerin Gewessler erwähnten Studie zur Analyse eines Ausstiegs aus russischem Erdgas eingebunden? Wie wurde die Betroffenheit der Industrie darin berücksichtigt?*
- *Diversifizierung der Gasversorgung:*
 - *Was hat das BMDW VOR dieser Krise unternommen, um uns von der Gasabhängigkeit zu warnen bzw. dagegen Schritte zu setzen? Ist ja nicht so, dass das Problem im Zusammenhang mit einer Abhängigkeit von nur einem Lieferanten komplett unvorhersehbar war?*
 - *Wie wird die Rolle der WKO bewertet - welche seit Jahren eine Bastion der Gaslobby ist und 2014 Putin mit Standing Ovations empfangen hat?*
 - *Inwiefern ist das BMDW bzw. die Interessen der Industrie bei den jetzigen Versuchen, die Gasversorgung zu diversifizieren, eingebunden?*
 - *Welche Lieferanten von Erdgas sind für die Europäische Union und Österreich prioritär und wie bringt sich Österreich im Rahmen der EU-Handelspolitik dazu ein?*

Um die wirtschaftlichen Versorgungsnetzwerke resilient auszulegen, müssen Lieferunterbrechungen und Engpässe frühzeitig erkannt werden. Dies soll beispielhaft an Wertschöpfungsnetzwerken wie zum Beispiel für Erdgas erarbeitet werden. Die Analysen liefern einen Überblick über mögliche Vulnerabilitäten und Risiken in den jeweiligen Wertschöpfungsketten. Auf Basis der Analyseergebnisse werden gemeinsam mit den Bedarfsträgern potentielle Maßnahmensetzungen evaluiert und daraus zentrale Handlungsoptionen auf wirtschaftspolitischer und sicherheitspolitischer Ebene erarbeitet. Damit soll ein Beitrag zur Resilienz gegenüber Krisen geleistet werden.

Maßgeblich für die Versorgungssicherheit ist nicht zuletzt eine ausreichende Bevorratung. Wie aus den Medien bekannt ist, wurde dies von meiner Amtsvorgängerin wiederholt gegenüber dem zuständigen Ressort eingemahnt; ein Anliegen, das auch ich vollinhaltlich unterstütze.

Zur Frage 9

- *Standortstrategie:*
 - *Wie wird ein möglicher Lieferstopp durch Russland in der Standortstrategie des BMDW berücksichtigt?*
 - *Wie viel hat das BMDW bisher für die Erstellung der Standortstrategie ausgegeben? Bitte einzelne Posten samt Auftragnehmer angeben.*

Die Standortstrategie wurde vor dem Ukrainekonflikt und den damit verbundenen Sanktionen erstellt. Die Standortstrategie behandelt jedoch die bereits im letzten Jahr stark gestiegenen Energiepreise und setzt Schwerpunkte auf Dekarbonisierung und erneuerbare Energie.

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7530/J zu verweisen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

